

Bahrains Schiiten und ihr sunnitischer König

Opposition im Exil klagt über Diskriminierung und Repression

Von Toby Matthiesen*

Die Spannungen zwischen der sunnitischen Herrscherfamilie der Al Khalifa und der schiitischen Bevölkerungsmehrheit prägen das politische Leben Bahrains. Die Spannungen werden durch die Hegemonialpolitik Irans, des schiitischen Nachbarn am Golf, angeheizt.

Der Golfstaat Bahrain unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von seinen Nachbarn. Einerseits ist er mit rund einer Million Einwohnern grösser als die einzelnen Emirate, die sich unter der Führung Abu Dhabis zu einem Staatenbund zusammengeschlossen haben, andererseits ist Bahrains Bevölkerung sehr homogen, denn rund zwei Drittel sind Schiiten. Die Herrscherfamilie der Al Khalifa allerdings ist sunnitisch und unterdrückt die schiitische Mehrheit seit Jahrzehnten systematisch. Diese Konstellation führt immer wieder zu Aufständen und Konflikten, die durch das Erstarren der Schiiten im Irak und den Einfluss Irans noch verschärft werden.

«Bangkok des Mittleren Ostens»

Wenn Gastarbeiter aus dem Westen über Bahrain reden, dann sind die sozialen und politischen Probleme kein Thema. Für viele gilt Bahrain als der Bankenplatz am Golf, der im Gegensatz zu Dubai auch die Finanzkrise relativ schadlos überstehen wird. Für andere ist Bahrain wegen seiner im Vergleich zu Saudiarabien und anderen Nachbarstaaten liberalen Sittenregeln das «Bangkok des Mittleren Ostens». Ein amerikanischer Mitarbeiter einer saudischen Ölfirma kennt in Bahrain fast jedes Hotel: «In gewissen Stadtteilen gibt es mehr Stundenhotels mit asiatischen Prostituierten als normale Hotels.» Dort vergnügen sich nicht nur Ölarbeiter, sondern auch amerikanische Marinesoldaten, die im Stützpunkt der Fünften Flotte ausserhalb der Hauptstadt Manama stationiert sind.

Die amerikanische Präsenz stützt die Königsfamilie, die das Land seit rund 200 Jahren regiert. Von vielen Bahrainern wurden die Al Khalifa, auch wegen ihres sunnitischen Glaubens, als Eindringlinge wahrgenommen. Im 19. Jahrhundert arrangierten sich die britischen Kolonialherren mit der herrschenden Sippe, und Bahrain blieb bis 1971 ein britisches Protektorat. 1973 wurde eine Nationalversammlung gewählt, die allerdings zwei Jahre später schon wieder aufgelöst wurde, da sie die absolute Macht der Al Khalifa in Frage stellte. Nach der iranischen Revolution von 1979 radikalisierte sich die Opposition zu sehends, und viele Schiiten, die vorher linken Gruppierungen nahestanden, unterstützten nun schiitische islamistische Parteien.

Intifada am Golf

1981 plante eine von Iran unterstützte Gruppierung einen bewaffneten Aufstand, der allerdings vereitelt wurde. Ahmad al-Katib, der einer der Anführer dieses Aufstands war und heute im Londoner Exil lebt, erinnert sich wie folgt: «Wir waren jung, und die Revolution in Iran gab uns Kraft. Wir wollten etwas bewirken und die verhasste Königsfamilie stürzen. Alles war minutiös vorbereitet, wir hätten die Insel innert Stunden besetzt gehabt. Dann allerdings flog der Plan auf, und viele von uns wurden verhaftet.» Von 1994 bis 1998 wurde Bahrain von der Intifada, einem Aufstand, den manche als Bürgerkrieg bezeichnen, erschüttert. Laut Menschenrechtsorganisationen waren die Haftbedingungen in diesen Jahren besonders schlimm, und Folter war weit verbreitet. Die Sicherheitskräfte in Bahrain bestanden und bestehen teilweise aus Ausländern, oft Pakistanern, die wenig Mitgefühl mit der Bevölkerung haben. Ermutigt wurden sie von ehemaligen britischen Kolonialbeamten und Geheimagenten, die



Vier Bewohner in einem schiitischen Dorf in Bahrain vor übermalten Graffiti gegen die Regierung.

HASAN JAMALI / AP

die Sicherheitskräfte in Bahrain auch nach der Unabhängigkeit leiteten.

König Hamad, der 1999 den Thron von seinem verstorbenen Vater übernahm, stellte sich als Reformler dar und wollte die Beziehung zwischen den Konfessionsgruppen verbessern. Er erliess eine Generalamnestie für politische Aktivitäten während des Aufstandes in den 1990er Jahren und konnte zu Beginn auf einige Unterstützung in der Bevölkerung zählen. Die schiitische Opposition schloss sich zu einer breiten politischen Bewegung namens al-Wifak zusammen. Als der König aber in der Verfassung von 2002 den Einfluss des neuen Parlaments beschneiden wollte, boykottierte al-Wifak zusammen mit anderen Parteien die Wahlen. Einige Aktivisten und Gründungsmitglieder der Gruppe gingen wieder ins Exil.

Das Bahrain Freedom Movement, an bester Londoner Adresse angesiedelt, ist eine Organisation von Oppositionellen aus Bahrain. Hier schmiedet Said ash-Shihabi, einer der Gründer der Gruppe, seine Pläne und knüpft Allianzen mit anderen schiitischen Parteien der Region. «Trotz

meiner Skepsis haben wir dem neuen König eine Chance gegeben. Aber als wir gesehen haben, dass er es nicht ernst meinte, sind wir wieder ins Exil gegangen», erklärt Shihabi. «Wir sehen keine Zukunft unter dieser Regierung. Obwohl die Al Khalifa und die Sunniten in der Minderheit sind, beherrschen sie den Grossteil des Staates und der Wirtschaft. Wie kann es sein, dass es in Manama und in den Dörfern Bahrains mausarme Menschen gibt und die Königsfamilie gleichzeitig ihre Milliarden anhäuft und in London und in der Schweiz zum Fenster rausschmeisst?»

Viele Schiiten leben in Armut

Andere Oppositionelle allerdings haben sich teilweise mit der Regierung arrangiert und operieren von Bahrain aus. Mansour al-Jamri konnte nach seiner Rückkehr aus dem Exil die Tageszeitung «Al-Wasat» gründen, die relativ offen über politische Debatten berichten kann. 2006 nahm auch al-Wifak wieder an den Parlamentswahlen teil und gewann 17 der 40 Sitze. Der frühere Justizminister Jawad ar-Rayad wurde daraufhin Bah-

rains erster schiitischer Vizepremierminister. Vertreter von al-Wifak wiesen allerdings darauf hin, dass Rayad ein Verbündeter der Al Khalifa sei und nicht die Opposition vertrete.

Obwohl es auch reiche Schiiten gibt und die schiitischen Eliten von den Al Khalifa gezielt Patronage erhalten, macht ein Gang durch die Altstadt Manamas deutlich, dass viele Schiiten in relativer Armut leben und unter Arbeitslosigkeit leiden. In der Altstadt gibt es viele Gebetshäuser, die von Iran finanziert werden und wo die Sympathisanten des Revolutionsführers Khomeini verkehren. Ein Teil der bahrainischen Schiiten stammt ursprünglich auch aus Iran und spricht bis heute Persisch. Dass Shihabi und viele Schiiten enge Kontakte zu Iran unterhalten, ist ein offenes Geheimnis.

Iranische Ansprüche

Manche Iraner vertreten sogar die Ansicht, dass die Islamische Republik Hoheitsansprüche auf Bahrain habe. Ein Berater des iranischen Revolutionsführers verursachte mit der Bemerkung, Bahrain sei vor der Revolution Irans 14. Provinz gewesen, kürzlich eine diplomatische Krise. Mehrere arabische Staaten protestierten, und Marokko zog seinen Botschafter aus Teheran ab. Ähnliche Äusserungen hat es immer wieder gegeben, was auch mit dem iranischen Hegemonialanspruch auf den Golf zusammenhängt, der gemeinhin «persisch» genannt wird.

Die Araber, allen voran die arabischen Golfstaaten, pochen allerdings darauf, dass man die Gewässer, die sie von Iran trennen, den «Arabischen Golf» nennt. Im Nationalmuseum von Bahrain, das die Geschichte der Herrscherfamilie glorifiziert und die schiitische Bevölkerung nicht einmal erwähnt, hängt eine grosse Karte der Region. Das Meer, das den Inselstaat Bahrain umgibt, wird zwar als Arabischer Golf bezeichnet, doch hat ein Störenfried das Wort «arabisch» durchgestrichen und «persisch» darüber geschrieben.

Um das Gewicht der Schiiten zu verringern, fördert die Regierung schon seit Jahrzehnten die Einbürgerung sunnitischer Gastarbeiter. Viele dieser Arbeiter, ob aus arabischen oder aus asiatischen Ländern, erhalten nach relativ kurzer Aufenthaltsdauer die bahrainische Staatsbürgerschaft. Nur so kann sich das Regime gegen die legitime Forderung der Schiiten, proportional in der Politik vertreten zu sein, zur Wehr setzen. Nachdem im Irak, in Iran und Libanon schiitische politische Parteien erstarbt sind, glauben auch die bahrainischen Schiiten, dass sie ihre Forderungen über kurz oder lang realisieren können. Gerade in den letzten Monaten hat sich die Situation auf dem Inselstaat wieder verschärft. Es kam zu Zusammenstössen zwischen schiitischen Demonstranten und den Sicherheitskräften. Anlass dafür war ein Prozess gegen schiitische Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle, die terroristischer Aktivitäten beschuldigt wurden. Die Anklage basierte laut Human Rights Watch vor allem auf Geständnissen, die unter Folter erzwungen worden waren, und weckte Erinnerungen an die düsteren Tage während des Aufstandes in den neunziger Jahren. Dies war offenbar auch dem König zu gefährlich, so dass er die Angeklagten und über hundert weitere schiitische Gefangene am 11. April per Dekret auf freien Fuss setzte. Dies entschärfte wohl die Situation etwas, doch bleibt abzuwarten, ob nun politische Reformen folgen.

Konfessionalisierung im Islam

moh. Die Konfessionalisierung entstand im Islam mit dem Streit um die Nachfolge des Propheten Mohammed und hatte im 7. Jahrhundert die Spaltung der muslimischen Gemeinde in Sunniten und Schiiten zur Folge. Beide Richtungen entwickelten in der Folgezeit ihre eigene Herrschaftsordnung, ihre Riten und Symbole. Im 20. Jahrhundert wurde die Konfessionalisierung besonders nach der Entstehung der arabischen Territorialstaaten aufgrund ethnisch-konfessionell pluraler Gesellschaften zu einem politischen Problem.

Der Konflikt zwischen Sunna und Schia nimmt zunehmend politische Formen an, was sich in den letzten Jahren vor allem im Irak und in Libanon zeigte. Die wachsende Politisierung der Konfessionen wird von Forschern auf das iranische Bestreben, zur regionalen Vormacht zu werden, auf den Streit der irakischen Konfessionen um die Macht oder das Streben des Hizbullah nach Dominanz in Libanon zurückgeführt. So ist zu beobachten, dass sich der

Streit zwischen Sunna und Schia zunehmend zu einem arabisch-iranischen Konflikt wandelt. Viele Sunniten betrachten den schiitischen Hizbullah als einzig starke Kraft im Kampf gegen Israel. Deshalb wird die Schia von sunnitischen Regimen und Geistlichen als Bedrohung wahrgenommen.

In der Golfregion wird die Fehde der beiden Gruppen primär von den Wahhabiten angetrieben, die sich durch ihre kompromisslose Ablehnung der schiitischen Lehrmeinung und Glaubenspraxis auszeichnen. Um ideologische Einflüsse aus Iran in Saudiarabien zu verhindern, greift der Wahhabismus auf das reiche Arsenal antischiitischer polemischer Schriften zurück. Diese existieren auch ausserhalb Saudiarabiens, werden aber zurückgehalten und verwendet. Eine Zunahme antischiitischer Propaganda könnte ein unerwünschtes Echo in den islamischen Ländern hervorrufen, das angesichts der bereits vorhandenen Krisen im Interesse der betroffenen Regierungen vermieden werden sollte.

* Toby Matthiesen arbeitet an einer politikwissenschaftlichen Dissertation über die Golfregion und lebt in London und Bern.